WB-EZ-01-035-2

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 35 bis 47:

~~Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben. Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft ermöglichen.~~

Zu einem gemeinsamen europäischen Staat gehört unabdingbar ein fairer Ausgleeich der Lasten. Der Ausgleich zwischen armen und reichen Regionen ist ebenso notwendig wie das Schließen der Schere zwischen Arm und Reich in den Regionen. Die Probleme des Südens sind auch die des Nordens, die des Ostens sind die des Westens und umgekehrt.

Die Vereinigten Staaten von Europa werden ein wirtschaftliches Miteinander proklamieren, das gemeinsam Steuern und soziale Mindeststandards einschließt. Die notwendigen wirtschaftlichen Reformen werden sich am Dreiklang ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit sowie struktureller Reformen orientieren. Sie werden Investitionen ermöglichen, die die Armut schaffende Austeritätspolitik beenden kann. Wir wollen ein Europa des Ausgleichs ohne Steueroasen und Bankenherrschaft.

Begründung

Teil 7 meiner Änderung

statt die Folgen des Brexits, den ich im nächsten Absatz auch kurz aufnehme, schildere ich das, was ein gemeinsames Europa uasmachen wird, den fairen Ausgleich, einheitliche Wirtschafts-, Sozial- und Steuergesetze und das Ende der Austeritätspolitik.

Unterstützer*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Jürgen Hess (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kerstin Dehne (München KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Frank Geraets (Berlin-Pankow KV); Matthias Weber (Berlin-Pankow KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Gustav Lorenz (Ebersberg KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Dirk Jacobi (Berlin-Pankow KV); Lena Tietgen (Berlin-Kreisfrei KV); Martin Lutz (Berlin-Steglitz/ Zehlendorf KV)